6.7.61

140

Pressekonferenz

Meine Damen und Herren !

Es wird eines Tages eine Friedenskonferenz geben müssen, an der sämtliche am Krieg gegen Deutschland beteiligten Mächte teilnehmen müssen. Eine solche Konferenz vorzuschlagen, ist für einen deutschen Politiker naturgemäss schwer möglich. Für den Regierenden Bürgermeister von Berlin gilt das in besonderem Maße.

Was ich zu dieser Frage zu sagen habe, ist unter dieser Einschränkung zu verstehen. Ich bin nicht in der Lage, einen Vorschlag zu machen; ich kann nur Gedanken äussern, die meiner Meinung zu Gunsten einer solchen grossen Konferenz sprechen.

Der wichtigste Grund ist, daß es nach dem sowjetischen Memorandum von Wien offenkundig in erster Linie um eine Fixierung der Lage in Deutschland geht, das heisst um eine staatsrechtliche Zementierung der deutschen Teilung und erst in zweiter Linie um das Berlin-Problem.

Die für mich selbstverständliche Haltung des Westens demgegenüber würde so sein, das Deutschland-Problem als Ganzes auf den Tisch einer dderartigen Konferenz

der ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands zu legen. Diese Konferenz würde klarmachen, daß auch der Westen einen Friedensvertrag will. Dieser Friedensvertrag hätte für ganz Deutschland zu gelten. Die Konferenz hätte die Aufgabe, die Grundsätze eines Friedensvertrages zu formulieren oder, um mit den Worten des Bundestagspräsidenten zu sprechen, denen der Bundestag einmütig zugestimmt hat, Klarheit zu schaffen "über den militärischen und politischen Status des zukünftigen Gesamtdeutschlands".

Das hätte zu geschehen auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wie es im Artikel I der Charta der Vereinten Nationen verankert ist. Ich sehe überhaupt keine andere Möglichkeit, für eine solche Konferenz, als von diesem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts auszugehen.

Falls es gelänge, über die Grundsätze eines Friedensvertrages Einmütigkeit zu erzielen, würde es bedeuten, daß Ost und West sich einig wären über den Status, den Gesamtdeutschland haben soll. Dies wiederum würde bedeuten, daß die Wiedervereinigung zu einem mehr oder weniger technischen Durchführungsproblem würde, das dann auf deutscher Ebene geregelt werden könnte.

Die deutsche Beteiligung an einer derartigen Friedenskonferenz spielt eine untergeordnete Rolle. Die sowjetische Zustimmung zu so ausgearbeiteten Grundsätzen eines Friedensvertrags für ganz Deutschland würde die Zustimmung Ulbrichts mit Sicherheit einschließen. Das wäre der Zeitpunkt zu freien Wahlen in ganz Deutschland, aus denen eine legitimierte Nationalversammlung hervorgehen könnte, die in freier Selbstbestimmung über Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrages zu entscheiden hätte.

Der Einwand, daß eine derartige Friedenskonferenz geeignet sei, die besondere Verantwortung der Vier Mächte zu schmälern, ist nicht stichhaltig. Die Verantwortung der Vier Mächte bliebe von der in jedem Fall notwendigen Arbeit einer derartigen Friedenskonferenz unberührt, die ja eines Tages in jedem Fall stattfinden muss und deren Ergebnis erst, falls es von einem gesamtdeutschen Parlament akzeptiert wird, die Verantwortung der Vier Mächte ablösen würde.

Ich wäre dafür, den sowjetischen Ministerpräsidenten beim Wort zu nehmen, der in seinem Memorandum vorgeschlagen hat, "jetzt ohne Verzögerung eine Friedenskonferenz einzuberufen". Ich sehe darin die beste Me-

thode, für den Westen, das Gesetz der Handlung zurückzugewinnen und das Thema der Diskussion zu bestimmen. Ich sehe darin die beste Möglichkeit, die Sowjetunion zum Prinzip des Selbstbestimmungsrechts zu zwingen. Das soll nicht bedeuten, daß eine derartige Friedenskonferenz eine lediglich Propagandistische Aufgabe hätte. Sie hätte die Aufgabe, die Quelle jener gefährlichen Spannungen in Europa zu beseitigen, die in der unnatürlichen Teilung unseres Landes liegen, mit der sich die Deutschen niemals abfinden werden.

6.7.61